

3 Bildung

Auszug aus dem
Datenreport 2016

2,7 Mill.

Studierende waren im Wintersemester 2014/2015 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. So viele wie nie zuvor.

7 500

Ausbildungsverträge wurden 2014 gegenüber dem Vorjahr weniger abgeschlossen.

30 300

chinesische Studierende waren im Wintersemester 2014/2015 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. China lag damit auf Platz 1 unter den ausländischen Studierenden.



786 000

Lehrkräfte unterrichteten im Jahr 2014 an deutschen Schulen.

6 300 €

gaben die öffentlichen Haushalte 2012 pro Schüler/-in aus.

3 Bildung

3.1 Bildungs- beteiligung, Bildungsniveau und Bildungs- budget

Christiane Krüger-Hemmer

Destatis

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch in diesem Jahrzehnt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nach den Ergebnissen der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) 2012 liegen deutsche Schülerinnen und Schüler erstmals in allen drei Testbereichen (Lesekompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz) deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Mit dem Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) wurden 2012 auch die Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in international vergleichbarer Weise gemessen. Danach weist die Gruppe der 16- bis 35-Jährigen in Deutschland in den Bereichen Lesen, Alltagsmathematik und computerbasiertes Problemlösen höhere Kompetenzen auf als die Gruppe der 55- bis 65-Jährigen.

Ebenso viel diskutiert wie die Ergebnisse dieser internationalen Kompetenzvergleiche wird die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre, bekannt unter dem Kürzel G8. Teilweise wurde diese Reform wieder rückgängig gemacht oder der Schule und den Eltern die Wahl zwischen G8 und G9 überlassen.

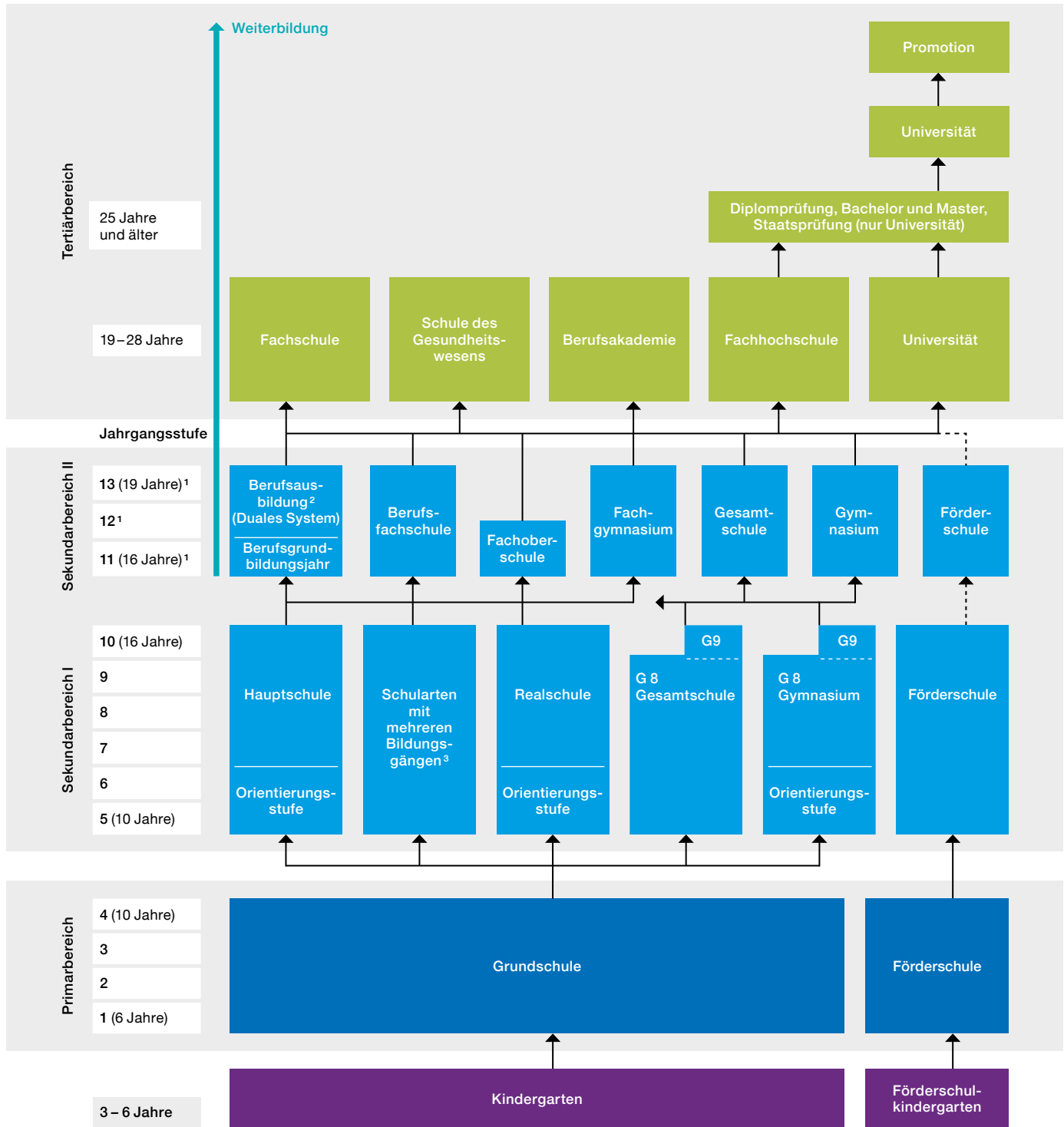
Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten der jungen, ausbildungssuchen-

den Menschen verbessert. Zunehmend können Unternehmen inzwischen ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen.

Die Erweiterung der Hochschulkapazitäten sowie die adäquate Ausstattung der Hochschulen mit Personal und Finanzen wird auch in Zukunft ein zentrales Thema der Bildungspolitik sein, denn der Trend zum Gymnasium als zahlenmäßig bedeutendste Schulform, die Aussetzung der Wehrpflicht, die doppelten Abiturientenjahrgänge infolge der Umstellung von G9 auf G8 und die demografische Entwicklung lassen bis 2017 ein weiteres Ansteigen der Studierendenzahlen erwarten.

Die in diesem Kapitel dargestellten Bildungsdaten stammen aus der amtlichen Schulstatistik (Schülerinnen und Schüler, Absolventen, Abgänger und Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfänger, Hochschulabsolventen und -personal), dem Adult Education Survey (Teilnahme der Bevölkerung im Erwachsenenalter an unterschiedlichen Formen von Lernaktivitäten), dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Jahresrechnungsstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben). ▶ [Abb 1](#)

► Abb 1 Das Bildungssystem in Deutschland



¹ Durch die Einführung von G8 an Gymnasien und Gesamtschulen beginnen die Klassenstufen im Sekundarbereich II ein Jahr früher, diese Schüler/-innen sind ein Jahr jünger. Bei G8 bedeutet dies zum Beispiel, dass die Einführungsstufe (E1) in der 10. Klassenstufe mit einem Alter von durchschnittlich 15 Jahren beginnt.

² In Berufsschule und Betrieb (Duales System).

³ Einschließlich Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

Die demografische Entwicklung ist für das Bildungswesen von besonderer Bedeutung. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre, die geburtenschwachen Jahrgänge von 1974 bis 1989 und insbesondere die Entwicklung der Neugeborenenzahl in den 1990er-Jahren. Seit 1998 sind die Geburtenzahlen in Deutschland tendenziell rückläufig, auch wenn in den Jahren 2013 und 2014 wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen war (siehe auch Kapitel 1.1.2, Seite 18).

Frühkindliche Bildung findet bereits in der Kindertagesbetreuung statt. Angaben hierzu enthält das Kapitel 2.1.6, Seite 57.

Durch die Schwankungen in der Neugeborenenzahl ergeben sich zeitversetzt unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor auf das Angebot und die Nachfrage im Bildungsbereich. Die individuellen Entscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind ebenfalls von großer Bedeutung.

3.1.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz überlässt den Ländern im föderalen System die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen. Im Rahmen ihrer Kulturhoheit gestalten die Länder ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen.

Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 wurden in Deutschland 711 000 Kinder eingeschult. Dies entspricht einer Zunahme von 3,1 % im Vergleich zum Vorjahr, in dem 690 000 Schülerinnen und Schüler ihren Ranzen zum ersten Mal packten. Gegenüber dem Jahr 2004 nahm die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger in Deutschland um 13 % ab. Hintergrund

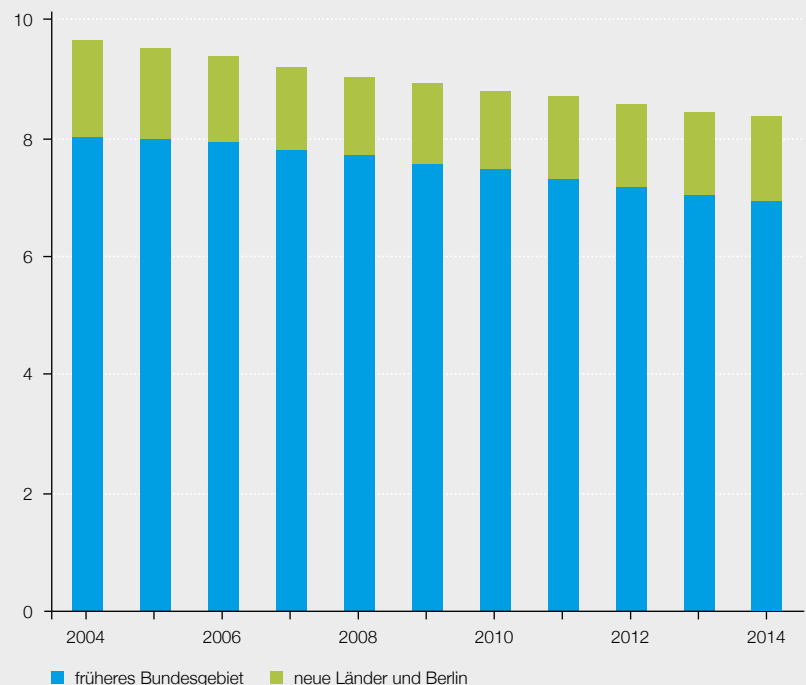
hierfür sind demografische Entwicklungen: Ende 2004 lag die Zahl der Fünf- bis Sechsjährigen in Deutschland insgesamt bei 779 000, Ende 2014 bei nur noch 679 000. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. Während die Zahl der Kinder im einschulungsrelevanten Alter im früheren Bundesgebiet zwischen Ende 2004 und Ende 2014 um 17 % gesunken ist, stieg sie in den neuen Bundesländern und Berlin um 6 % an. Das führte dazu, dass im Jahr 2014 im früheren Bundesgebiet 17 % weniger Kinder eingeschult wurden als im Jahr 2004, in den neuen Bundesländern und Berlin jedoch 9 % mehr.

Die Einschulungen wirkten sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sank in

den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 9,6 Millionen im Jahr 2004 auf 8,4 Millionen im Jahr 2014. Deutliche Unterschiede gab es zwischen Ost- und Westdeutschland: In den neuen Ländern sind die Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er-Jahre beständig gesunken und lagen 2014 um 11 % unter dem Stand von 2004. Im Westen dagegen stiegen die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2004. Danach setzte ein Rückgang ein, der dazu führte, dass 2014 die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 13 % unter dem Stand von 2004 lag. ▶ [Abb 2](#)

Während die Schülerinnen und Schüler eines Wohnbezirks in der Regel gemeinsam an der Grundschule unterrichtet werden, richtet sich im Anschluss daran die weitere Schullaufbahn der Kinder nach den schulischen Leistungen, der

▶ **Abb 2** Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen – in Millionen



Empfehlung der Grundschule sowie dem Wunsch der Eltern. Der größte Teil der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs besuchte ein Gymnasium. Ihr Anteil stieg von 41 % im Jahr 2004 auf 45 % im Jahr 2014. In demselben Zeitraum sank der Anteil der Jugendlichen, die an Hauptschulen unterrichtet wurden, von 18 % auf 10 %. Aufgrund der länderspezifischen Bildungspolitik gab es allerdings Unter-

schiede in der Struktur der weiterführenden Schulen. Sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern wurde 2014 der größte Teil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe an Gymnasien unterrichtet. Auch hielt der Trend weiterhin an, dass die Jugendlichen in den westdeutschen Bundesländern am zweithäufigsten an Realschulen (22 %) lernten, während sie in den ostdeutschen Bundesländern Schularten

mit mehreren Bildungsgängen (32 %) besuchten. Diese Schularten (mit länderspezifisch unterschiedlichen Bezeichnungen) führen zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Diese Schulstruktur trägt auch dazu bei, dass trotz der demografischen Entwicklung – insbesondere in den Flächenländern – ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. ▶ Tab 1

Neben den bereits genannten Schularten gibt es Förderschulen, an denen körperlich, geistig oder seelisch benachteiligte oder sozial gefährdete Kinder unterrichtet werden. Im Jahr 2014 besuchten 335 000 Kinder eine Förderschule, dies sind gut 4 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die außerhalb von Förderschulen an den übrigen allgemeinbildenden Schulen (insbesondere an Grundschulen) unterrichtet werden, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Während im Jahr 2004 bundesweit lediglich 63 000 sogenannte Integrationsschüler sonstige allgemeinbildende Schulen besuchten, waren es im Jahr 2014 bereits 152 000 Integrationsschülerinnen und -schüler. Das entspricht einem Anteil von 2 % an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen.

An den Grundschulen, an denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren Mädchen (49 %) und Jungen (51 %) etwa gleich verteilt. An den weiterführenden Schularten war der Jungenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte im Jahr 2014 von 47 % an Gymnasien über 51 % an Realschulen bis zu 57 % an Hauptschulen. An Förderschulen betrug der Anteil der männlichen Schüler 64 %.

Ein großer Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Teilzeit-Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule ergänzt im dualen Ausbildungssystem die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne

▶ Tab 1 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten – in Tausend

	2004	2009	2012	2013	2014
Vorklassen und Schulkindergärten	48	28	28	28	27
Primarbereich	3 189	2 953	2 796	2 772	2 789
↳ Grundschulen	3 150	2 915	2 746	2 708	2 709
Sekundarbereich	5 904	5 478	5 321	5 222	5 163
↳ Hauptschulen	1 084	767	608	554	508
↳ Realschulen	1 351	1 221	1 081	1 015	951
↳ Gymnasien	2 404	2 475	2 388	2 330	2 305
↳ Integrierte Gesamtschulen	523	519	658	715	766
Förderschulen	424	388	355	343	335
Abendschulen und Kollegs	60	60	57	55	53
Insgesamt	9 625	8 906	8 557	8 420	8 367

▶ Tab 2 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten – in Tausend

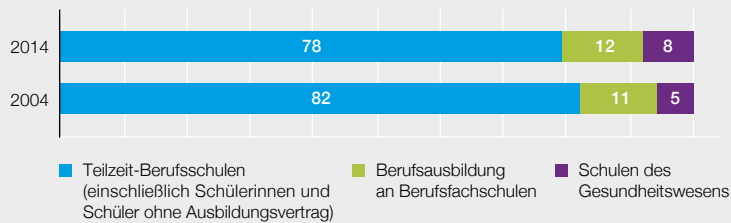
	2004	2009	2012	2013	2014
Teilzeit-Berufsschulen	1 672	1 682	1 519	1 482	1 444
Berufsvorbereitungsjahr	81	55	49	49	53
Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form	48	34	28	29	30
Berufsaufbauschulen	1	1	0	0	0
Berufsfachschulen	542	500	437	431	426
↳ Berufsausbildung	240	256	239	236	234
Fachoberschulen	122	140	134	137	140
Fachgymnasien	117	159	173	181	190
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	18	24	23	22	21
Fachschulen und Fachakademien	163	175	194	200	202
Insgesamt	2 763	2 769	2 557	2 531	2 506
Nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	120	128	149	150	153

Ausbildungsvertrag besucht, die noch der Schulpflicht unterliegen und keine andere Schule besuchen. Insgesamt wurden 2014 in Deutschland 1,4 Millionen Jugendliche an Teilzeit-Berufsschulen unterrichtet. In den vergangenen zehn Jahren nahm ihre Zahl um 14 % ab. ▶ Tab 2

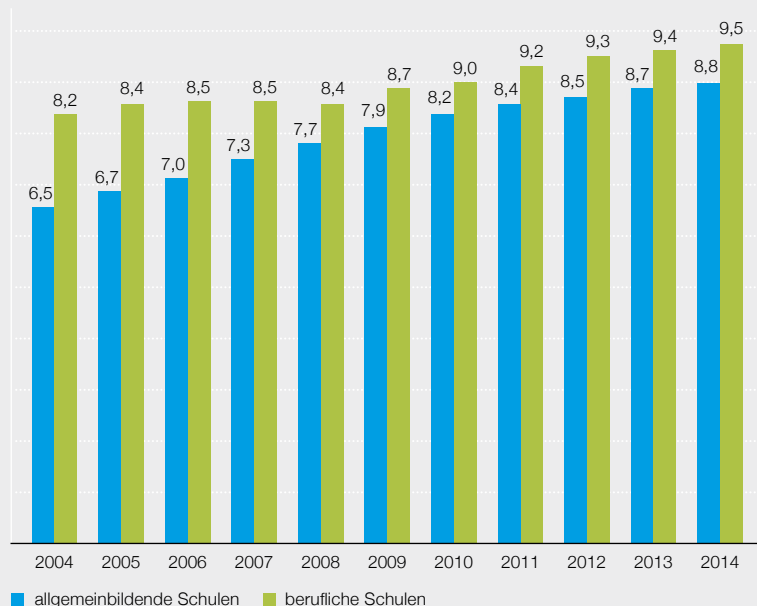
Neben den Berufsausbildungen im dualen System gibt es Formen der schulischen Berufsausbildung, die im Wesentlichen an Berufsfachschulen und Schulen

des Gesundheitswesens angeboten werden. Dabei handelt es sich neben den Gesundheits- und Sozialberufen vor allem um Assistenzberufe, wie zum Beispiel Kaufmännische/r Assistent/-in, Wirtschaftsassistent/-in oder Technische/r Assistent/-in für Informatik. Rund 387 000 Jugendliche befanden sich 2014 in einer schulischen Berufsausbildung; das waren 21 % aller Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvierten. ▶ Abb 3

▶ Abb 3 Schülerinnen und Schüler in Berufsausbildung nach Schularten – in Prozent



▶ Abb 4 Anteil der Privatschülerinnen und -schüler – in Prozent



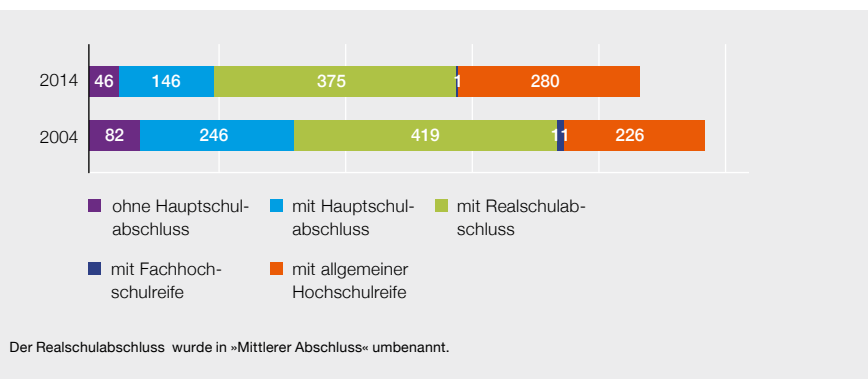
An beruflichen Schulen können auch allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden. Eine Studienberechtigung strebten 2014 rund 350 000 Jugendliche mit dem Besuch von Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsoberschulen beziehungsweise Technischen Oberschulen an. Im Vergleich zu 2004 hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler an diesen Schularten um 36 % zugenommen. Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahr 2014 gab es 202 000 Fachschülerinnen und -schüler. Die übrigen Schüler an beruflichen Schulen versuchten durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen, soweit sie nicht berufsausbildend sind), durch das Erreichen eines Haupt- oder Realschulabschlusses oder durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich gestiegen. Den rechtlichen Rahmen für die Gründung und den Betrieb von Privatschulen legen die jeweiligen Schulgesetze der Länder fest. In der Regel können Privatschulen von natürlichen sowie juristischen Personen (wie zum Beispiel Kirchen, Vereinen) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2014 besuchten 737 000 Schülerinnen und Schüler private allgemeinbildende Schulen und 239 000 private berufliche Schulen. Das entsprach einem Anteil von 9 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und 10 % an beruflichen Schulen. Im Vergleich dazu lag 2004 der Anteil der Privatschülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen bei 6 % und der beruflichen Schulen bei 8 %. ▶ Abb 4

Allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse

Im Jahr 2014 wurden 851 000 junge Menschen (mit und ohne Schulabschluss) aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen.

► **Abb 5 Absolventinnen/Absolventen und Abgängerinnen/Abgänger nach Abschlussarten – in Tausend**



Das sind 14 % weniger als 2004. Knapp 6 % der Schulentlassenen blieben 2014 ohne Abschluss, 17 % erwarben den Hauptschulabschluss und 33 % die allgemeine Hochschulreife. Diese Struktur hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Vor zehn Jahren verließen noch 8 % der Jugendlichen die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Abschluss und 25 % mit einem Hauptschulabschluss. Lediglich 23 % erwarben 2004 die allgemeine Hochschulreife. Im Bereich der Realschulabschlüsse ist eine relativ leichte Zunahme zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2004 (43 %) erhöhte sich die Zahl der Realschulabschlüsse 2014 um 1 Prozentpunkt (44 %). Dies liegt darin begründet, dass seit 2014 der schulische Teil der Fachhochschulreife zu den mittleren Schulabschlüssen gezählt wird. ► [Abb 5](#)

Junge Männer verließen 2014 die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einem niedrigeren Abschlussniveau als junge Frauen: 7 % der männlichen Schulentlassenen erreichten keinen Abschluss gegenüber 4 % bei den jungen Frauen. Von den männlichen Absolventen erhielten 29 % die Studienberechtigung, bei den Frauen waren es 37 %.

Im Zuge der Bildungsreform in den 1970er-Jahren wurde die Möglichkeit geschaffen, auch an beruflichen Schulen allgemeinbildende Abschlüsse zu erwerben.

Rund 30 000 Jugendliche bestanden 2014 an beruflichen Schulen den Hauptschulabschluss und 154 000 Jugendliche erlangten die Studienberechtigung. An allgemeinbildenden Schulen erreichten im Jahr 2014 rund 281 000 Absolventinnen und Absolventen die Berechtigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Somit betrug 2014 die Studienberechtigtenquote, die den Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung misst, 52 %. Die Studienberechtigtenquote 2004 belief sich noch auf 42 %. Hier zeigt sich ein deutlicher Trend zur Höherqualifizierung. Teilweise schlagen sich allerdings auch doppelte Abiturjahrgänge infolge der Umstellung von G9 auf G8 in diesem Wert nieder.

Lehrkräfte

Im Jahr 2014 unterrichteten in Deutschland 664 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 122 000 an beruflichen Schulen. An allgemeinbildenden Schulen waren 37 % der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer teilzeitbeschäftigt. An beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 30 %. Auch die Geschlechterverteilung ist bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich. Rund 72 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren Frauen. An beruflichen Schulen betrug der Frau-

enanteil an den hauptberuflichen Lehrkräften 2014 nur 50 %. Den höchsten Frauenanteil hatten Vorklassen mit 85 %, Schulkindergärten mit 94 % sowie Grundschulen mit 89 %. Mit ansteigendem Bildungsziel der Schularten sank der Frauenanteil an den Lehrkräften, lag aber dennoch über 50 %; an Gymnasien betrug er im Jahr 2014 rund 58 %, an Abendschulen und Kollegs 57 %.

Im Schuljahr 2014/2015 waren insgesamt 14 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen 60 Jahre und älter. Die größte Altersgruppe der Lehrkräfte bildeten die 50- bis 59-Jährigen mit fast 29 %, gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen mit 26 %. Der hohe Anteil älterer Lehrkräfte ist auf die Einstellungswelle in den 1970er-Jahren zurückzuführen. Die 30- bis 39-Jährigen machten 24 % aus. Unter 30 Jahre waren lediglich 7 % der Lehrkräfte. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist zum einen auf die Länge der Hochschulausbildung zurückzuführen. Zum anderen werden aufgrund der demografischen Entwicklung, das heißt der geringeren Zahl an Schülerinnen und Schülern, weniger Lehrkräfte eingestellt.

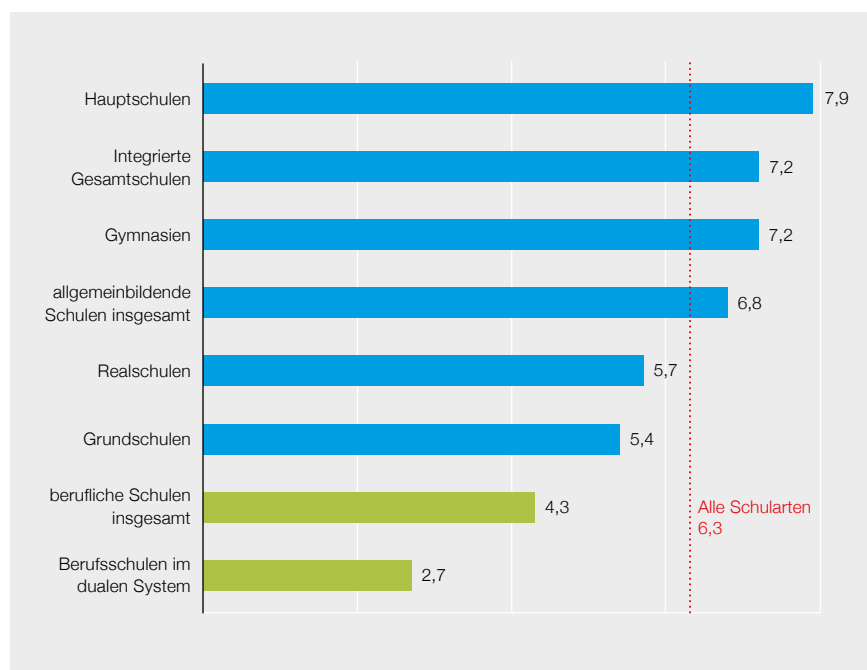
Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschlägen für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2012 bundesweit durchschnittlich 6 300 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schülerin und Schüler schwankten stark nach Schularten. So waren die allgemeinbildenden Schulen mit 6 800 Euro teurer als die beruflichen Schulen (4 300 Euro).

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen (5 400 Euro) und Realschulen (5 700 Euro) unter dem

► **Abb 6 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2012 – in Tausend Euro**



► **Tab 3 Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler (BAföG)**

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag je Person
	Anzahl	in 1 000 Euro	in Euro je Monat
2004	191 684	698 068	303
2006	198 572	717 295	301
2008	192 130	741 180	321
2010	199 086	853 820	357
2012	189 936	912 949	401
2014	171 818	861 330	418

Durchschnitt, Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien mit jeweils 7 200 Euro und Hauptschulen mit 7 900 Euro darüber. Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 2 700 Euro je Schülerin und Schüler bei den Berufsschulen im dualen Ausbildungssystem sind auf den dort praktizierten Teilzeitunterricht zurückzuführen. ► [Abb 6](#)

Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2014 wurde durchschnittlich 172 000 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildungsförderung gewährt. Darunter besuchten rund 86 000 eine Berufsfachschule und 22 000 eine Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Zwei Drittel (65 %) aller

► Info 1

»Schüler-BAföG«

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (zum Beispiel Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse zehn und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schülerinnen und Schüler geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (etwa als staatlich geprüfte/r Technikerin/Techniker) vermitteln.

Schülerinnen und Schüler, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein Drittel (35 %) erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wurden 861 Millionen Euro für die Schülerförderung aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler beziehungsweise eine geförderte Schülerin 418 Euro je Monat. ► [Info 1, Tab 3](#)

3.1.2 Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des Strukturwandels sowie der zunehmenden Technologisierung und Globalisierung rechnen viele Experten in naher Zukunft mit einem Fachkräftemangel. Diesem kann nur begegnet werden, wenn das Bildungsniveau der Bevölkerung weiter ansteigt und die Begabungsreserven ausgeschöpft werden, indem alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg und die Bildungschancen von Kindern stark von ihrer sozialen Herkunft beziehungsweise dem Migrationshintergrund abhängen (Migration siehe Kapitel 2.1, Seite 51, Info 4). Auch die Schulwahl wird stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioöko-

nomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern, der aus dem Mikrozensus, einer jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung, hervorgeht (Mikrozensus siehe Kapitel 2.1, Seite 44, Info 1).

Im Jahr 2014 lebten 41 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchten, in Familien mit mindestens einem Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Ein Fünftel (19 %) der Eltern wies einen Hauptschulabschluss als höchsten allgemeinen Abschluss auf. Rund 4 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinen Schulabschluss vorweisen konnte. Betrachtet man den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie, so wuchs ein Viertel (23 %) der Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Bachelor, Master oder ein Diplom besaß. Rund 13 % der Kinder lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war.

Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeine oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien.

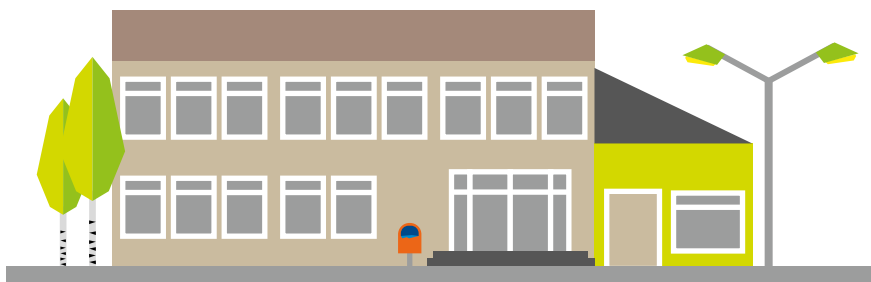
Nur 9 % der Gymnasiasten wuchsen in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss besaßen. An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status mit 54 % sechsmal so hoch. Dagegen fanden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife aufwiesen (63 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 14 % vertreten. ▶ Tab 4

Ähnliche herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten anhand des höchsten beruflichen Bildungsabschlusses in der Familie.

Neben dem elterlichen Bildungsabschluss hat auch der Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Art der besuchten Schule. Im Jahr 2014 wiesen insgesamt 31 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf. Die größte Herkunftsgruppe (7 %) waren türkischstämmige Schülerinnen und Schüler. Die deutlichsten Unterschiede der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut zwischen Hauptschulen und Gymnasien: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund war mit 48 % an Hauptschulen fast doppelt so hoch wie an Gymnasien (26 %). Die Zusammensetzung der Kinder mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen unterscheidet sich auch zwischen den Schularten deutlich. Schülerinnen und Schüler mit türkischen Wurzeln (14 %) bildeten an Hauptschulen mit Abstand die größte Herkunftsgruppe. Dagegen stammten die meisten Gymnasiasten mit Migrationshintergrund aus Staaten der Europäischen Union beziehungsweise aus sonstigen nicht europäischen Ländern. ▶ Tab 5

10,2 Mill.

Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahr 2014 nach dem Mikrozensus deutsche Schulen.



► Tab 4 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinen Schulabschluss der Eltern 2014

	Insgesamt ¹	Höchster allgemeiner Schulabschluss der Eltern ²				Ohne allgemeinen Schul- abschluss ³
		Haupt- (Volks-) schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschul- reife	
	in 1 000	in %				
Grundschule	2 799	16,7	4,0	30,0	45,1	3,8
Hauptschule	445	43,8	2,6	28,4	14,5	10,0
Realschule	1 385	23,4	6,7	38,3	27,7	3,4
Gymnasium	2 513	7,2	5,3	23,2	62,5	1,4
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 408	22,4	8,5	29,5	33,5	5,8
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	61	40,5	/	30,6	16,1	8,4
Berufliche Schule, die zur Fach- hochschul-/Hochschulreife führt	254	21,7	4,4	35,5	33,7	4,3
Berufsschule	1 112	30,0	8,6	34,7	22,5	4,0
Sonstige berufliche Schulen ⁵	254	29,7	9,8	31,7	23,7	4,8
Insgesamt	10 229	19,3	5,9	30,0	40,6	3,8

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 16 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben sowie 20 000 Kinder, deren Eltern keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.

2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

3 Einschließlich Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch, beziehungsweise einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 5 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2014

	Insgesamt	Ohne Migrations- hintergrund	Mit Migrationshintergrund					
			ins- gesamt ¹	Herkunftsregion				
				Türkei	sonstige ehemalige Anwerbestaaten ²	sonstige Staaten der Europäischen Union	sonstige europäische Länder	sonstige nicht europäische Länder
	in 1 000	in %						
Grundschule	2 799	64,5	35,5	6,8	5,9	6,4	3,6	8,8
Hauptschule	445	52,2	47,8	14,0	9,7	6,9	4,4	9,8
Realschule	1 385	67,5	32,5	7,6	6,1	5,7	3,1	6,9
Gymnasium	2 513	73,6	26,4	4,5	4,0	5,7	2,7	6,9
Sonstige allgemeinbildende Schulen ³	1 408	69,7	30,3	7,8	5,4	4,7	2,5	7,7
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	61	55,6	44,4	13,9	11,1	/	/	9,0
Berufliche Schule, die zur Fach- hochschul-/Hochschulreife führt	254	66,7	33,3	9,9	5,8	4,8	3,4	7,1
Berufsschule	1 112	75,0	25,0	6,7	5,2	4,0	2,6	5,0
Sonstige berufliche Schulen ⁴	254	72,3	27,7	7,6	6,1	4,9	2,5	5,4
Insgesamt	10 229	68,7	31,3	6,9	5,5	5,6	3,1	7,4

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 291 000 Personen ohne Angabe zur Herkunftsregion.

2 Das ehemalige Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

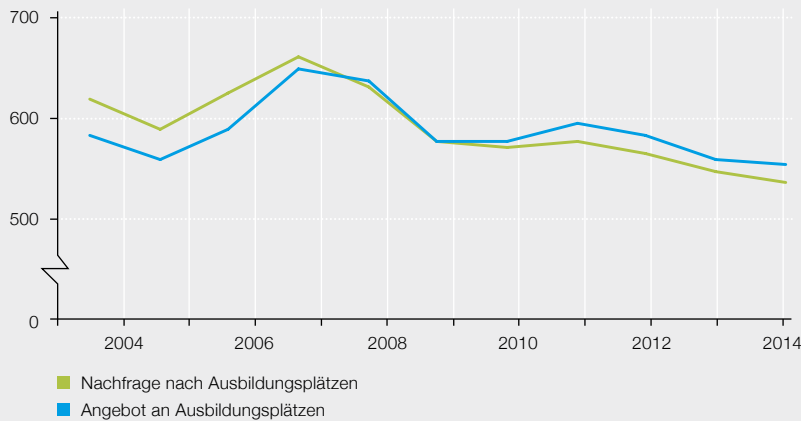
3 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

4 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 7** Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen – in Tausend



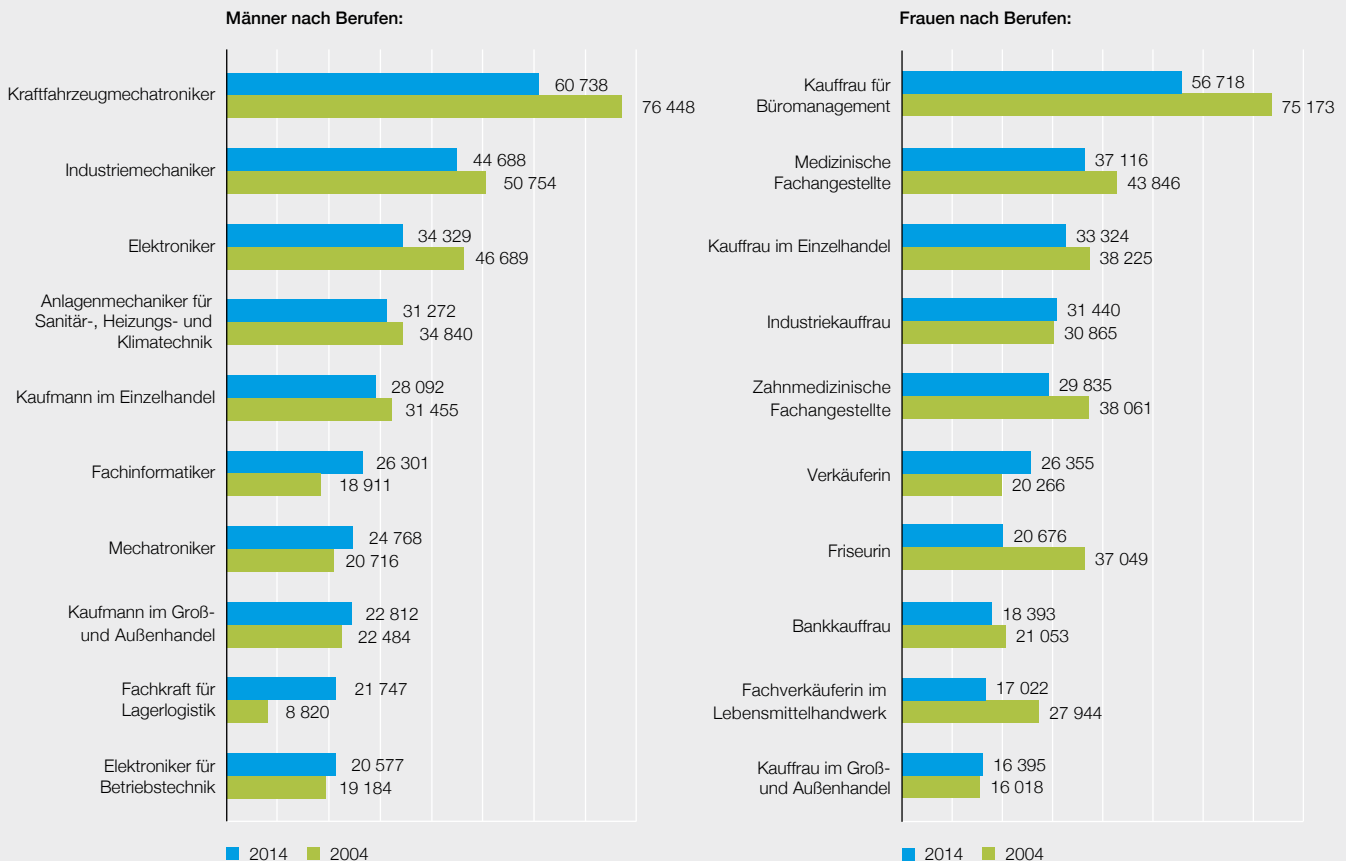
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3.1.3 Betriebliche Berufsausbildung

Im dualen Ausbildungssystem besuchen Jugendliche die Berufsschule und werden zusätzlich aufgrund der mit den auszubildenden Stellen beziehungsweise Betrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträge auch praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Dieses System hat den Vorteil, dass theoretischer und praktischer Lernstoff verknüpft wird. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Das System ist im deutschsprachigen Raum sehr stark verbreitet.

Im Jahr 2014 haben rund 518 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag neu abgeschlossen. Das sind etwa 7 500 Verträge weniger als im Vorjahr. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2009

► **Abb 8** Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen

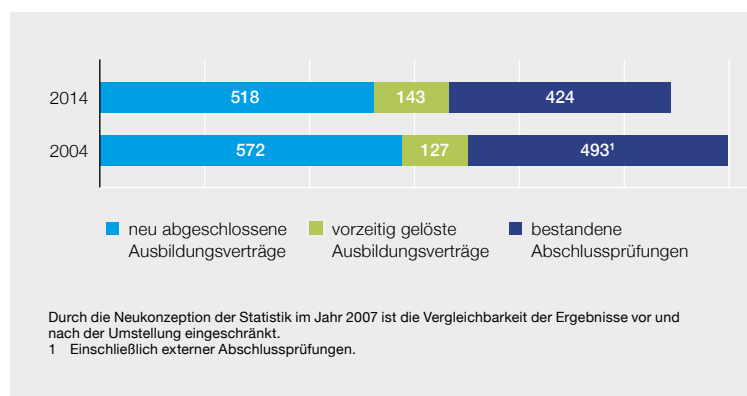


führte auch in Deutschland zu einem Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes. Da gleichzeitig demografiebedingt die Zahl der Jugendlichen sank, die an einer Ausbildungsstelle interessiert sind, führte dies im Ergebnis zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. ▶ [Abb 7](#)

Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen ab, unter anderem auch von den erreichten Schulabschlüssen. Von den Jugendlichen, die 2014 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen ein Viertel (26 %) Abitur oder Fachhochschulreife. Mehr als zwei Fünftel (42 %) verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss und 32 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr einer von zehn Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag (9 %), hatte vor Abschluss des Ausbildungsvertrages an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen. Dabei werden zum Beispiel durch den Besuch einer Berufsfachschule, eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres oder Berufsvorbereitungsjahres, die Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss verbessert oder die Zeit bis zur nächsten Bewerbungsrunde im folgenden Jahr überbrückt.

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ließ deutliche Schwerpunkte erkennen: Im Jahr 2014 konzentrierten sich 38 % der Ausbildungsplätze männlicher und 55 % der Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils zehn von insgesamt 328 anerkannten Ausbildungsberufen. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatikers mit 7 % der männlichen Auszubildenden in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle. Dann folgten die Berufe Industriemechaniker (5 %) und Elektroniker (4 %). Bei den jungen Frauen waren die Berufe Kauffrau für Büromanagement (11 %), Medizinische Fachangestellte (7 %) und Kauffrau im Ein-

▶ **Abb 9 Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen – in Tausend**



zelhandel (6 %) am stärksten besetzt. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen Ausbildungssystem häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie zum Beispiel Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt. Da die Wahl des Ausbildungsberufes stark von den am Ausbildungsmarkt vorhandenen Stellen abhängt, kann man bei den genannten, am stärksten besetzten Berufen nicht zwingend von den »beliebtesten Berufen« sprechen. ▶ [Abb 8](#)

Von den 1,36 Millionen Jugendlichen, die sich 2014 in einer Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem befanden, waren rund 83 000 Ausländerinnen beziehungsweise Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er-Jahre von 8 % auf 6 % im Jahr 2014 gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen (2014: 9 %) waren Ausländerinnen und Ausländer im dualen System unterrepräsentiert. Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2014 etwa 35 % einen türkischen Pass, 13 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, 9 % die italienische und 4 % die griechische Staatsangehörigkeit.

Nicht alle Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Ein Viertel (25 %) löste den Ausbildungsvertrag 2014 vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Die Gründe für diese vorzeitigen Lösungen können bei dem beziehungsweise der Auszubildenden liegen, bedingt zum Beispiel durch einen Betriebs- oder Berufswechsel. Ebenso gibt es Gründe auf Ausbilderseite, etwa bei Aufgabe des Betriebes oder Wegfall der Ausbildungsstelle. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System.

Im Jahr 2014 haben rund 424 000 Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendet. Im dualen Ausbildungssystem können diese Prüfungen zwei Mal wiederholt werden. Rund 90 % der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben die Prüfung bestanden. ▶ [Abb 9](#)

3.1.4 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit

ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2014/2015 gab es in Deutschland insgesamt 427 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 181 Universitäten (einschließlich Theologischer und Pädagogischer Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 246 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger

Angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung wurden Mitte der 1960er-Jahre die Hochschulen breiteren Schichten geöffnet. Im Wintersemester 1964/1965 gab es beispielsweise an den Hochschulen im früheren Bundesgebiet 305 000 Studierende. Seitdem sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang angestiegen. Sie erreichten im Wintersemester 1994/1995 mit 1 872 000 Studierenden einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Eingeschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte. Im Wintersemester 2003/2004 erreichte die Studierendenzahl mit mehr als 2 Millionen einen neuen Rekordwert. In den nachfolgenden Jahren sank sie wieder leicht unter die Zwei-Millionen-Marke und erreichte diese dann erneut im Wintersemester 2008/2009. Im Wintersemester 2014/2015 waren mit rund 2,7 Millionen Studierenden so viele wie nie zuvor an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

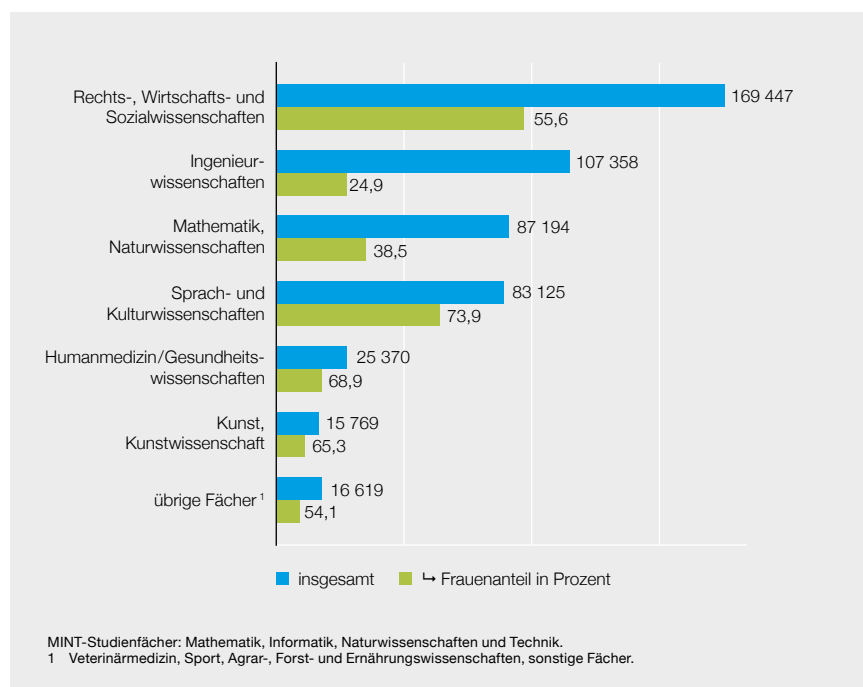
Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger stieg bis zum Studienjahr 2003 kontinuierlich an, ging in den Studienjahren 2004 bis 2006 zunächst zurück und erhöhte sich erneut in den Folgejahren. Im Jahr 2011 erreichte die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger mit 519 000 ihren Höchstpunkt, sank 2012 erneut ab und stieg dann wieder leicht an. Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2014, das heißt im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester, rund 505 000 Studienanfängerinnen und -anfänger an deutschen Hochschulen ein. ▶ Tab 6

▶ Tab 6 Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger – in Tausend

	Insgesamt		Universitäten		Fachhochschulen	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
2004	1 964	359	1 373	235	524	119
2009	2 121	424	1 449	258	673	166
2012	2 499	495	1 674	295	826	200
2013	2 617	509	1 737	302	880	206
2014	2 699	505	1 733	288	931	211

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsesemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

▶ Abb 10 Studienanfängerinnen und -anfänger (erstes Hochschulsesemester) nach Fächergruppen im Studienjahr 2014



Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst: von den persönlichen Interessen der Studienanfängerinnen und -anfänger, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (zum Beispiel Numerus-Clausus-Regelungen und hochschulinterne Zulassungsverfahren). Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und

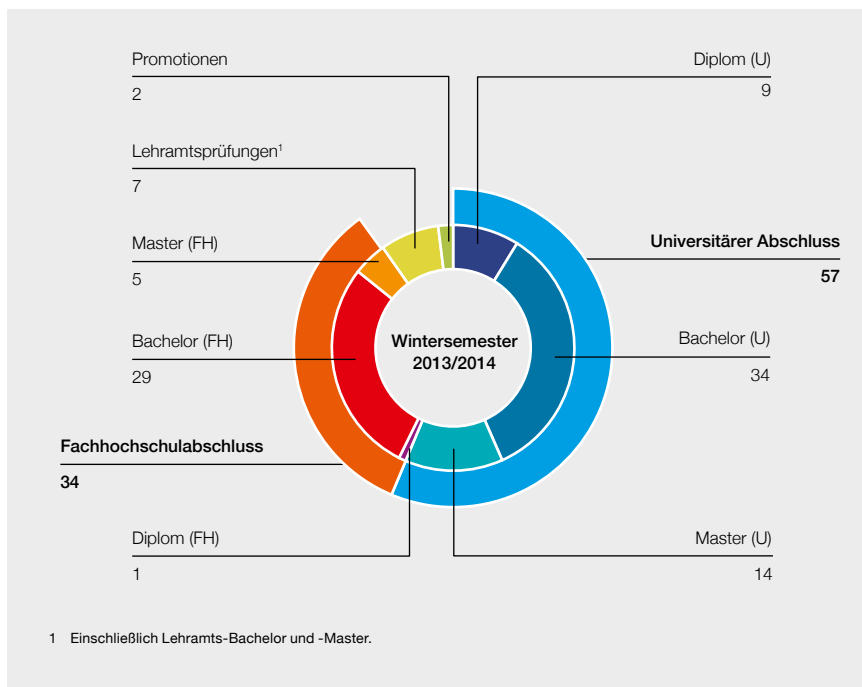
künftig erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die meisten Erstsemester (34 %) schrieben sich 2014 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Dies war bereits vor zehn Jahren mit 32 % der Erstsemester der Fall. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger in den Ingenieurwissenschaften 21 %, was einen Anstieg um fast 3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2004 be-

► Info 2

Der Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsministerinnen und -minister aus 29 europäischen Ländern die sogenannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollten. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollten Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

► **Abb 11 Studienanfängerinnen und -anfänger (erstes Fachsemester) nach angestrebtem Abschluss, Wintersemester 2014/15 – in Prozent**



deutete. Auf die Fächergruppe Mathematik/ Naturwissenschaften entfiel 2014 ein Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger von 17%. Er sank in den letzten zehn Jahren leicht um 1 Prozentpunkt. Das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (16% im Jahr 2014) ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre um 4 Prozentpunkte gesunken.

Im Jahr 2014 war die Hälfte (50%) der Studienanfänger Frauen. Die Frauenanteile variierten allerdings je nach fachli-

cher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Veterinärmedizin (82%), Sprach- und Kulturwissenschaften (74%), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (69%) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (65%) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 56% nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Inge-

nieurwissenschaften (25%) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. ► [Abb 10](#)

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnet sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzt sich bei der Zahl der Studierenden fort und wirkt sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen hat seit 1999 erhebliche Fortschritte gemacht. ► [Info 2](#)

Im Wintersemester 2014/2015 begannen 81% der Studienanfängerinnen und -anfänger (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium (ohne Lehramts-Bachelor und -Master). Rund 34% (228 000) aller Studienanfängerinnen und -anfänger strebten einen Bachelorabschluss an einer Universität an, 14% (93 000) einen Masterabschluss. Nur noch 9% (59 000) aller Studienanfänger begannen ein Diplomstudium an einer Universität, knapp 1% (6 000) an einer Fachhochschule. Rund 29% (193 000) der Studienanfängerinnen und -anfänger strebten den Bachelorabschluss an der Fachhochschule an und 5% (33 000) den Masterabschluss. ► [Abb 11](#)

Hochschulabsolventinnen und -absolventen

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen stieg seit 2001 kontinuierlich an und erreichte 2014 mit 461 000 den aktuellen Höchststand. Mehr als die Hälfte (51%) der im Jahr 2014 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

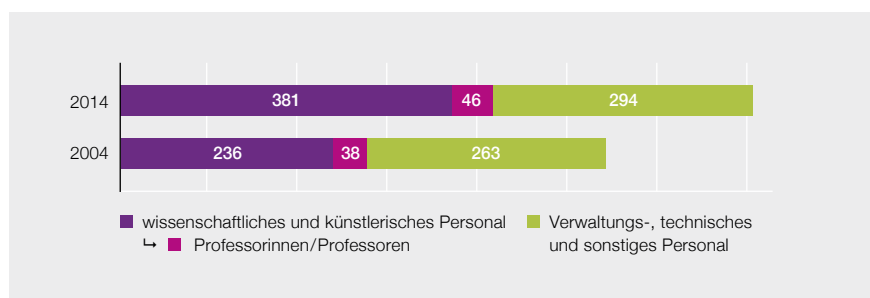
Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2014 erwarben 50% (229 000) einen Bachelorabschluss und weitere 21% (97 000) einen Masterabschluss. Knapp 11% (51 000) der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer verließen die Hochschule mit einem Universitätsdiplom und 3% (12 000) mit einem traditionellen Fachhochschulabschluss. Den Dokortitel erlangten rund 6% (28 000)

► **Tab 7 Bestandene Prüfungen an Hochschulen – in Tausend**

	Ins-gesamt	Darunter					
		Universitärer Abschluss ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss ²	Bachelorabschluss	Masterabschluss
2004	231	98	23	23	76	6	6
2009	339	112	25	36	73	72	21
2012	413	80	27	39	26	183	59
2013	436	64	28	42	17	207	78
2014	461	51	28	43	12	229	97

1 Einschließlich der Prüfungsgruppen »Künstlerischer Abschluss« und »Sonstiger Abschluss«; ohne Lehramts-, Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

► **Abb 12 Hochschulpersonal – in Tausend**

der Absolventinnen und Absolventen und weitere 9 % (43 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. ► [Tab 7](#)

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2014 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 24 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Die Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, schlossen ihr Studium im Prüfungsjahr 2014 in 13 Fachsemestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Durchschnitt acht Semester bis zum ersten Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei sieben Semestern. Bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, betrug diese ebenfalls sieben Semester.

Das Masterstudium baut auf ein vorangegangenes Studium – in der Regel das Bachelorstudium – auf. Die mittlere Ge-

samtstudiendauer bei Masterabsolventinnen und -absolventen lag bei zehn Semestern, wobei diese Dauer auch die im Bachelorstudium verbrachten Semester umfasst.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Im Jahr 2014 waren rund 675 000 Menschen an deutschen Hochschulen beschäftigt, davon zählten über die Hälfte (381 000) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Etwas weniger als die Hälfte der Beschäftigten (294 000) war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. Fast zwei Drittel (62 %) des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Perso-

nal setzt sich zusammen aus Professorinnen und Professoren, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessorinnen und -professoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. ► [Abb 12](#)

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 35 % zugenommen. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal wuchs im gleichen Zeitraum sogar um insgesamt 61 % (145 000). In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals erhöhte sich die Zahl der Professorinnen und Professoren seit 2004 um 19 %. Deutlichere Zuwächse (+ 67 %) waren in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zu verzeichnen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals von 30 % im Jahr 2004 auf 38 % im Jahr 2014 gestiegen.

Die Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahr 2014 waren 145 000 Personen in dieser Gruppe beschäftigt. Im Jahr 2004 waren es noch 72 000 gewesen. Der Zuwachs ist vor allem auf die wachsende Zahl der Lehrbeauftragten zurückzuführen (+ 85 %), die seit 2004 von 53 000 auf 99 000 im Jahr 2014 gewachsen ist. Aber auch die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte hat sich fast verdreifacht: von 17 000 im Jahr 2004 auf 44 000 im Jahr 2014.

Der Bereich des Verwaltungs- sowie technischen und sonstigen Personals hat sich in den letzten zehn Jahren nur geringfügig erhöht und lag im Jahr 2014 bei rund 294 000 Personen (+ 12 %).

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2013 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 46,3 Milliarden Euro aus. Die Ausgaben

setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Ausgaben der Hochschulen werden in besonderem Maße durch die Fächerstruktur bestimmt. Rund 45 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin beziehungsweise Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2013/2014 aber nur bei knapp 6 %. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2012 etwa die Hälfte (rund 49 %) aller Studierenden eingeschrieben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich betrug allerdings lediglich gut 11 %.

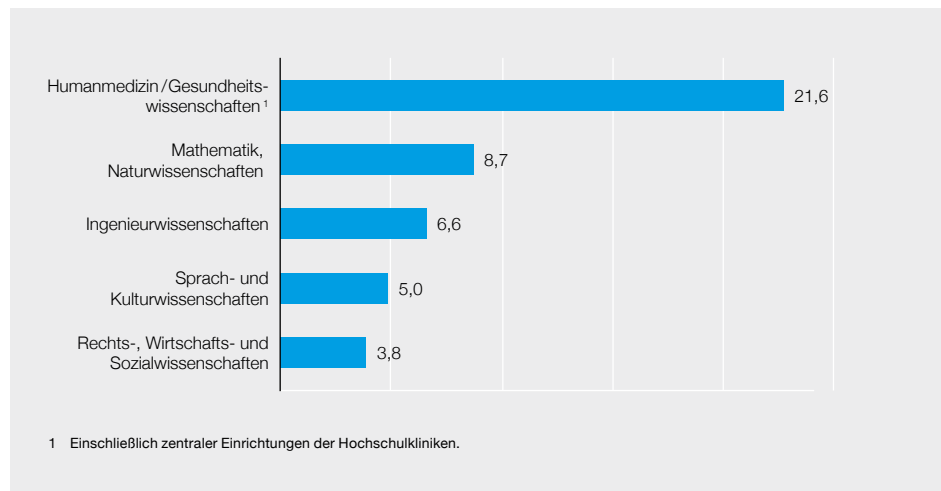
Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (sogenannte Grundmittel), andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2013 betrugen die laufenden Ausgaben (Grundmittel) an deutschen Hochschulen durchschnittlich 6 900 Euro je Studierenden.

Die laufenden Zuschüsse waren in den Fächergruppen unterschiedlich. Sie differierten im Jahr 2013 zwischen 3 800 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 21 600 Euro je Studierenden der Humanmedizin beziehungsweise Gesundheitswissenschaften. ▶ [Abb 13](#)

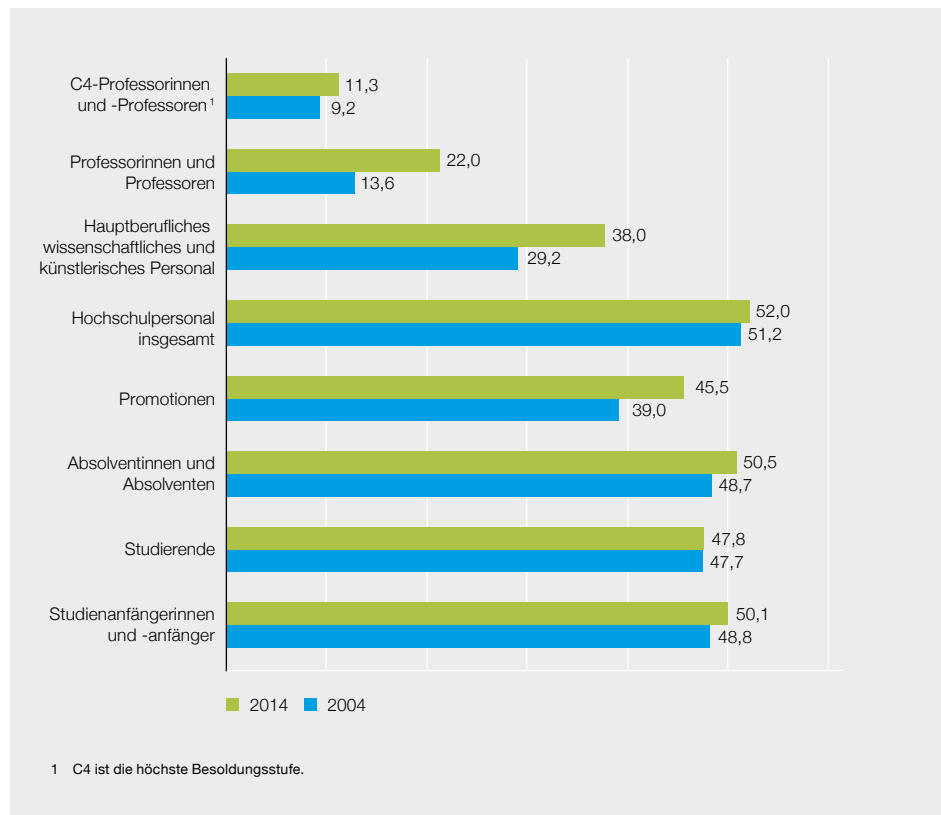
Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur

▶ **Abb 13 Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach Fächergruppen 2013 – in Tausend Euro**



▶ **Abb 14 Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn – in Prozent**

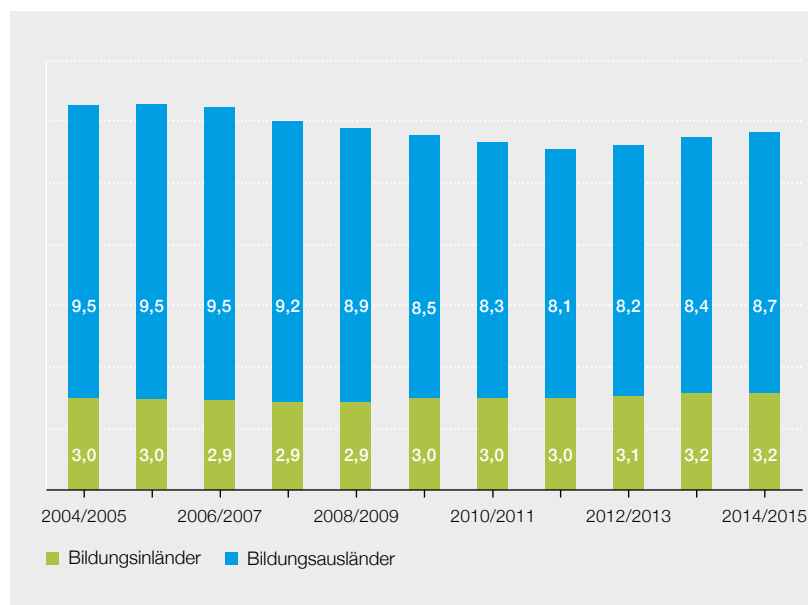


akademischen Ausbildung abgebaut: Die Hälfte (50 %) der Studierenden im ersten Hochschulsesemester und etwas über die Hälfte (51 %) der Hochschulabsolventen im Jahr 2014 waren weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2014 immerhin bereits 45 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 28 %.

Rund 52 % der im Jahr 2014 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (351 000), was in etwa dem Frauenanteil (51 %) an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 38 %. Unter der Professorenenschaft ist der Frauenanteil traditionell niedrig. In den vergangenen zehn Jahren ist er aber deutlich angestiegen und erreichte 2014 mit 22 % einen Höchstwert. In der bestbezahlten Besoldungsstufe der Professoren (C4) lag der Anteil der Professorinnen bei 11 %. ▶ [Abb 14](#)

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zur Professorin beziehungsweise zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Aufgrund des Facharbeitskräftemangels im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften ist absehbar, dass sich die Nachfrage nach promovierten und

▶ **Abb 15** Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt – in Prozent



habilitierten Akademikern in Zukunft insbesondere auf die Fächergruppen konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

Ausländische Studierende

Im Wintersemester 2014/2015 waren an deutschen Hochschulen 322 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden hatte im Wintersemester 2005/2006 mit fast 13 % einen Höchststand erreicht und ist zum Wintersemester 2014/2015 leicht gesunken (12 %). ▶ [Abb 15](#)

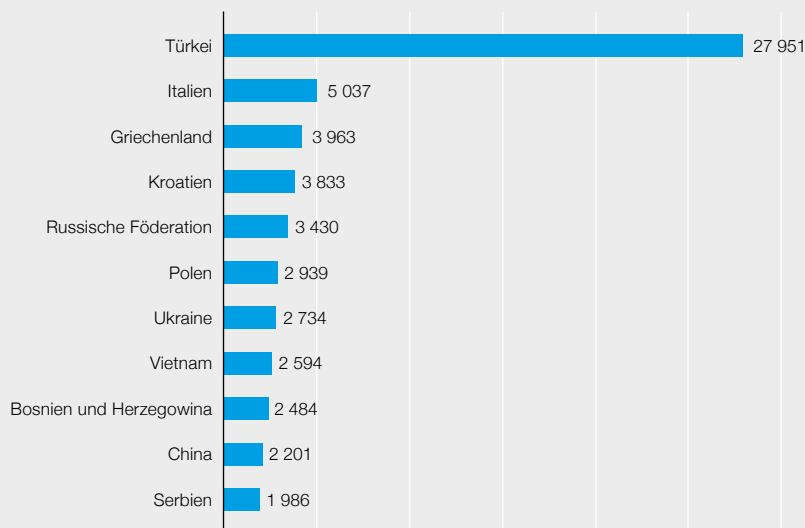
Von den insgesamt 322 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität waren 85 700 (27 %) sogenannte Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten

haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (28 000), gefolgt von 5 000 Studierenden mit italienischer Herkunft und 4 000 Studierenden mit griechischer Herkunft.

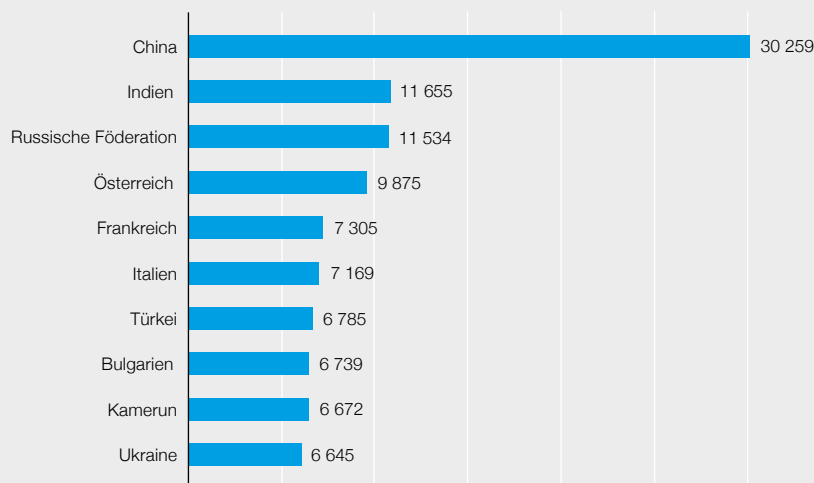
An der Gesamtzahl der Studierenden hatten die Studierenden ausländischer Nationalität (Bildungsinländer) nur einen Anteil von 3 %, obwohl der Ausländeranteil in Deutschland bei insgesamt 9 % lag. Deutsche Studierende mit Migrationshintergrund können allerdings in der Studierendenstatistik nicht gesondert nachgewiesen werden. ▶ [Abb 16](#)

Bei den sogenannten Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat im Wintersemester 2005/2006 den

► **Abb 16** Bildungsinländerinnen und -inländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2014/2015



► **Abb 17** Bildungsausländerinnen und -ausländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2014/2015



► Info 3

»Studierenden-BAföG«

Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss und als unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichem Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, zum Beispiel nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden mit fast 10% (189 500) Bildungsausländern erreicht und war seitdem leicht rückläufig. Im Wintersemester 2014/2015 gab es einen Höchststand mit rund 236 000 Bildungsausländern an deutschen Hochschulen. Aufgrund der stark gestiegenen Gesamtzahl der Studierenden entsprach dies jedoch nur einem Anteil von 9%. Die meisten ausländischen Nachwuchssakademiker kamen im Wintersemester 2014/2015 aus China (30 300), gefolgt von Indien mit 11 700 Studierenden und der Russischen Föderation mit 11 500 Studierenden. ► [Abb 17](#)

Auch für deutsche Studierende ist ein Studium im Ausland attraktiv. Im Jahr 2013 waren etwa 134 500 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Die beliebtesten Zielländer waren Österreich mit 20% aller deutschen Studierenden im Ausland, die Niederlande mit 17% sowie das Vereinigte Königreich mit 12% und die Schweiz mit 11%. In diesen vier Ländern zusammen lebten damit 60% der im Ausland studierenden Deutschen.

Ausbildungsförderung für Studierende

Von den durchschnittlich 425 000 geförderten Studierenden im Jahr 2014 waren 280 000 an Universitäten und 139 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Rund 62% aller geförderten Studierenden erhielten nur eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn die Einkommen der Geförderten oder ihrer Eltern festgelegte Grenzen übersteigen. Rund 38% der Geförderten erhielten eine Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. ► [Info 3](#)

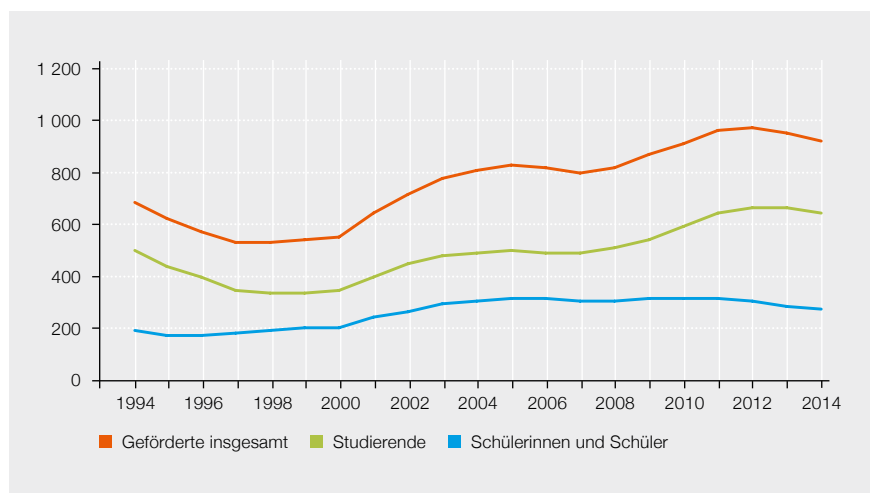
Insgesamt wurden von Bund und Ländern für die Studierendenförderung 2,28 Milliarden Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt in Deutschland ein geförderter Student beziehungsweise eine geförderte Studentin 448 Euro im Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2014 um 25% höher als 2004. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand für die Studienförderung um 51%. ► [Tab 8](#), [Abb 18](#)

► **Tab 8** Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte ¹ (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag je Person
	Anzahl	in 1 000 Euro	in Euro je Monat
Studierende			
2004	339 935	1 513 641	371
2006	341 740	1 538 770	375
2008	332 853	1 590 638	398
2010	385 736	2 019 078	436
2012	440 228	2 365 026	448
2014	424 562	2 280 748	448
BAföG-Empfänger insgesamt (einschließlich Schülerinnen und Schülern)			
2004	531 629	2 211 763	347
2006	540 329	2 256 143	348
2008	525 003	2 331 918	370
2010	584 850	2 873 065	409
2012	630 164	3 277 975	433
2014	596 380	3 142 077	439

¹ Da sich die Förderung zum Teil nicht über das ganze Jahr erstreckt, liegt der Monatsdurchschnitt niedriger als die Gesamtzahl der Geförderten in Abb 18.

► **Abb 18** Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) — in Tausend



► Info 4

Lebenslanges Lernen

Seit 1979 wurde in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-Jährigen unter dem Titel Berichtssystem Weiterbildung (BSW) durchgeführt. Bei der Erhebung 2007 wurde das nationale Konzept mit dem neuen Konzept des europäischen Adult Education Surveys (AES) kombiniert. Seit der rein nationalen Erhebungsrunde 2010 wird ausschließlich das AES-Konzept herangezogen. Dies bedeutet, dass die Erhebung zusätzlich auch die 18-Jährigen einbezieht. Der deutsche AES 2012 war Teil der ersten verpflichtenden europäischen Befragung; letztere findet nunmehr alle fünf Jahre statt, das nächste Mal 2016. Etwa in der Mitte zwischen den europäischen Erhebungsrunden gibt es jeweils einen rein deutschen AES, so auch 2014.

3.1.5 Lebenslanges Lernen

Viele Erwerbstätige müssen damit rechnen, ihren ursprünglich erlernten Beruf in einer Zeit raschen technologischen Wandels nicht ein Leben lang ausüben zu können. Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, um auch künftig Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter

Der Adult Education Survey erhebt unter anderem Informationen über drei Lernformen im Erwachsenenalter: die formale Bildung (reguläre Bildungsgänge an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen und Hochschulen), die nicht formale Bildung (im Folgenden als Weiterbildung bezeichnet) und das informelle Lernen. Bei der Weiterbildung wird zwischen betrieblicher Weiterbildung, individueller berufsbezogener Weiterbildung und nicht berufsbezogener Weiterbildung unterschieden. Das informelle Lernen wurde im Adult Education Survey 2014 über die Frage erfasst, ob man sich selbst bewusst etwas beigebracht habe, sei es in der Arbeitszeit oder in der Freizeit, allein oder zusammen mit anderen. Die Tabelle 9 zeigt die Teilnahmequoten der drei erfassten Lernformen. ► [Tab 9, Info 4](#)

Rund 12 % der 18- bis 64-Jährigen besuchten in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung wenigstens einen regulären Bildungsgang an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule, einer Hochschule oder waren in einer Berufsausbildung. An wenigstens einer Weiterbildungsaktivität nahmen 51 % der Befragten teil. Im Bereich der betrieblichen Weiterbildung liegt die Teilnahmequote am höchsten (37 %), gefolgt von der nicht berufsbezogenen (12 %) und der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (9 %). Sich selbst bewusst etwas beigebracht, also informell gelernt, haben 54 %. Insgesamt sind 73 % der 18- bis 64-Jährigen »lernaktiv«, das heißt sie haben an

mindestens einer der drei Lernformen teilgenommen. Rund 56 % haben an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen teilgenommen und sind somit »bildungsaktiv«.

Erwerbstätige beteiligen sich am häufigsten an Weiterbildung. Von ihnen haben 58 % an mindestens einer Weiterbildungsaktivität teilgenommen, gefolgt von Personen in einer schulischen/beruflichen Bildungsphase (54 %), Arbeitslosen (32 %) und sonstigen Nichterwerbstätigen (25 %).

Die Weiterbildungsquote der Frauen lag mit 50 % etwa so hoch wie die der Männer (52 %). Dabei beteiligen sich Frauen mehr an nicht berufsbezogener Weiterbildung (15 % gegenüber 10 %) und weniger an betrieblicher Weiterbildung (34 % gegenüber 40 %). Die niedrigere Teilnahme von Frauen an betrieblicher Weiterbildung ist vor allem auf die verschiedenartigen Erwerbssituationen von Männern und Frauen zurückzuführen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen nahmen auch im Beobachtungszeitraum des Adult Education Survey 2014 deutlich häufiger an Weiterbildung teil als Geringqualifizierte. So bildeten sich 67 % der Akademikerinnen und Akademiker weiter, aber nur 39 % der Personen ohne beruflichen Abschluss.

Die Teilnahme an regulären Bildungsgängen konzentrierte sich stark auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (67 %) und – in schwächerem Ausmaß – auf die der 25- bis 34-Jährigen (14 %). In den älteren Vergleichsgruppen liegt die Teilnahmequote an regulären Bildungsgängen in den letzten zwölf Monaten dagegen jeweils bei höchstens 3 %. Bei der Weiterbildung sind die altersmäßigen Unterschiede geringer. Erst in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ist eine geringere Weiterbildungsbeteiligung zu beobachten. Beim informellen Lernen unterscheiden sich die Altersgruppen bezüglich der Teilnahme kaum. ▶ Tab 10

Aufstiegsfortbildungsförderung

Im Jahr 2014 erhielten 172 000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) oder auch

▶ Tab 9 Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung (Adult Education Survey 2014) – in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

	Insgesamt	Männer	Frauen
Formale Bildung (reguläre Bildungsgänge)	12	12	12
Nicht formale Bildung (Weiterbildung)	51	52	50
↳ Betriebliche Weiterbildung	37	40	34
↳ Individuelle berufsbezogene Weiterbildung	9	9	10
↳ Nicht berufsbezogene Weiterbildung	12	10	15
Informelles Lernen (sich selbst etwas beibringen)	54	55	53
Lernaktive (Teilnahmequote insgesamt) ¹	73	75	72
Bildungsaktive (Formale und non-formale Bildung) ²	56	57	55

¹ Teilnahme an mindestens einer der drei Lernformen.

² Teilnahme an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Zusatzauswertungen von TNS Infratest Sozialforschung

▶ Tab 10 Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung nach Alter (Adult Education Survey 2014) – in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe

	Formale Bildung (reguläre Bildungsgänge)	Nicht formale Bildung (Weiterbildung)	Informelles Lernen/Selbstlernen	Lernaktive ¹	Bildungsaktive ²
Im Alter von ... bis ... Jahren					
18–24	67	50	53	87	80
25–34	14	58	58	77	63
35–44	3	53	56	74	54
45–54	1	53	53	70	53
55–64	1	39	52	64	39
Insgesamt	12	51	54	73	56

¹ Teilnahme an mindestens einer der drei Lernformen.

² Teilnahme an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Zusatzauswertungen von TNS Infratest Sozialforschung

kurz »Meister-BAföG« genannt. Dies war gegenüber 2004 ein Anstieg von rund 29 %. Ursächlich hierfür sind unter anderem zwei Änderungsgesetze, die die Förderbedingungen und die Förderleistungen verbessert haben. Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz können Personen gefördert werden, die sich nach abgeschlossener Erstausbildung auf einen Fortbildungsabschluss, zum Beispiel zum Handwerksmeister oder Fachwirt, vorbereiten. Diese Förderung

wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (68 %), nur 32 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2014 insgesamt 588 Millionen Euro (als Darlehen 397 Millionen und als Zuschuss 190 Millionen Euro). Rund 75 000 (44 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 29 % Frauen und 71 % Männer. Eine Teilzeitfortbildung machten 97 000 Geförderte, davon 34 % Frauen und 66 % Männer. Die Geförderten waren überwiegend

► Info 5

Aufstiegsförderung »Meister-BAföG«

Die Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Diese Förderung, auch »Meister-BAföG« genannt, wurde 1996 eingeführt. Das Gesetz gewährt allen Fachkräften einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen, zum Beispiel nach der Handwerksordnung, vorbereiten. Hierzu gehören auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Die Leistungen für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestehen aus einem sogenannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) bis zu einer Höhe von 10 226 Euro, der mit einem Anteil von 30,5 % als Zuschuss und im Übrigen als Darlehen gewährt wird. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung erhalten.

► Tab 11 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	Zuschuss	Darlehen
	Anzahl	in 1 000 Euro		
2004	133 018	378 563	121 427	257 135
2006	135 915	369 045	108 788	260 257
2008	139 520	381 658	114 257	267 401
2010	166 395	518 674	164 850	353 823
2012	168 284	545 920	176 203	369 717
2014	171 815	587 588	190 146	397 442

Bildungsstand der Bevölkerung mit erstmaligem Zuzug ab 2010

Nach dem Mikrozensus 2014 verfügten rund 90 % der 25- bis 34-Jährigen Personen mit erstmaligem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland zwischen 2010 und 2014 über einen allgemeinen Schulabschluss. Besonders häufig hatten diese Personen die Schule mit dem Erwerb einer Studienberechtigung abgeschlossen (62%). Knapp 9 % der zugezogenen Personen hatten die Schule ohne Abschluss verlassen. In der Gesamtbevölkerung besaßen rund 96 % der 25- bis 34-Jährigen einen Schulabschluss. Der Anteil der Personen mit Studienberechtigung (46 %) ist, wie auch der Anteil der Personen ohne Schulabschluss (3 %), in der Gesamtbevölkerung niedriger als bei den Zugezogenen.

Betrachtet man die beruflichen Bildungsabschlüsse, waren besonders viele Personen mit erstmaligem Zuzug ab 2010 Akademiker: Insgesamt verfügten gut 42 % der 25- bis 34-Jährigen über Bachelor, Master, Diplom oder Promotion. Andererseits gab es unter ihnen auch viele unqualifizierte Arbeitskräfte: Rund 28 % dieser Altersgruppe hatten keinen berufsqualifizierenden Abschluss. In der Gesamtbevölkerung war die Akademikerquote mit 24 % geringer. Allerdings lag hier auch der Anteil der unqualifizierten Arbeitskräfte bei den 25- bis 34-Jährigen mit 14 % deutlich niedriger.

zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen (35 %), gefolgt von den 25- bis 29-Jährigen (34 %) und den 30- bis 34-Jährigen (15 %). ► Info 5, Tab 11

3.1.6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (sogenanntes Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den Einzelnen verbessert ein hoher Bildungsstand die Erwerbchancen sowie die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden jährlich aus dem Mikrozensus gewonnen, der größten jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Deutschlands (siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 1).

Auf Basis des Mikrozensus 2014 hatten 51 % der Befragten ab 25 Jahren einen sogenannten »höherwertigen« Schulabschluss: Einen Realschulabschluss besaßen 22 % und 29 % Abitur oder Fachhochschulreife. In der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen konnten bereits gut 78 % einen solchen Abschluss vorweisen (30 % Realschulabschluss, 48 % Fachhochschul- oder Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dagegen lediglich 14 % eine Realschule und 17 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert. ► Tab 12

Als höchsten beruflichen Bildungsabschluss besaßen im Jahr 2014 rund 54 % der Befragten ab 25 Jahren eine Lehre. Rund 1 % hatte einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR erworben und 8 % einen Fachschulabschluss beziehungsweise eine Meister-/Technikerausbildung oder den Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie den Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen. Über einen akademischen Abschluss (einschließlich Promotion) verfügten 18 %. Weitere 18 % hatten (noch) keinen beruflichen Abschluss und waren auch nicht in Ausbildung. ► Tab 13

► Tab 12 Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2014

	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne allgemeinen Schulabschluss ²
			Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
Im Alter von ... bis ... Jahren								
in 1 000								
25–29	4 995	22	898	–	1 521	2 379	11	154
30–39	9 874	8	2 049	34	3 146	4 224	23	369
40–49	12 127	/	2 955	1 445	3 208	3 983	30	482
50–59	12 327	/	3 934	1 783	2 735	3 356	28	461
60 und älter	22 498	/	12 803	1 596	3 235	3 784	63	845
Zusammen	61 820	37	22 640	4 858	13 845	17 725	153	2 311
in %								
25–29	100	0,4	18,0	–	30,5	47,6	0,2	3,1
30–39	100	0,1	20,7	0,3	31,9	42,8	0,2	3,7
40–49	100	/	24,4	11,9	26,5	32,8	0,2	4,0
50–59	100	/	31,9	14,5	22,2	27,2	0,2	3,7
60 und älter	100	/	56,9	7,1	14,4	16,8	0,3	3,8
Zusammen	100	0,1	36,6	7,9	22,4	28,7	0,2	3,7

1 Einschließlich 251 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschließlich Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 13 Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2014

	Insgesamt ¹	Mit beruflichem Bildungsabschluss ²							Ohne beruflichen Bildungsabschluss ³	Davon	
		Lehre/Berufsausbildung im dualen System ⁴	Fachschulabschluss ⁵	Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR	Bachelor	Master	Diplom ⁶	Promotion		in schulischer oder beruflicher Bildung	nicht in schulischer oder beruflicher Bildung
Im Alter von ... bis ... Jahren											
in 1 000											
25–29	4 995	2 386	362	–	371	220	453	18	1 161	482	679
30–39	9 874	4 925	804	–	264	206	1 874	162	1 586	128	1 458
40–49	12 127	6 745	1 074	109	71	58	2 077	174	1 748	18	1 729
50–59	12 327	6 971	1 098	194	33	23	1 939	166	1 827	/	1 823
60 und älter	22 498	12 068	1 504	412	26	14	2 570	251	5 338	/	5 337
Zusammen	61 820	33 096	4 841	715	766	522	8 913	771	11 660	634	11 026
in %											
25–29	100	47,8	7,2	–	7,4	4,4	9,1	0,4	23,3	9,7	13,6
30–39	100	49,9	8,1	–	2,7	2,1	19,0	1,6	16,1	1,3	14,8
40–49	100	55,6	8,9	0,9	0,6	0,5	17,1	1,4	14,4	0,2	14,3
50–59	100	56,6	8,9	1,6	0,3	0,2	15,7	1,3	14,8	/	14,8
60 und älter	100	53,6	6,7	1,8	0,1	0,1	11,4	1,1	23,7	/	23,7
Zusammen	100	53,5	7,8	1,2	1,2	0,8	14,4	1,2	18,9	1,0	17,8

1 Einschließlich 384 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben sowie 151 000 Personen ohne Angabe zur Art des Abschlusses.

2 Abschlüsse an Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) und Hochschulen werden nach ihrem Grad (Bachelor, Master, Diplom) unterschieden. Die bisher unter »Fachschulabschluss« enthaltenen akademischen Abschlüsse an Berufsakademien werden ebenfalls Bachelor, Master und Diplom zugeordnet.

3 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

4 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 374 000 Personen mit Anterrienausbildung.

5 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.

6 Einschließlich Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation mittlerweile mehr Frauen als Männer einen höheren Bildungsabschluss nachweisen. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen hatten 45 % der Männer und knapp 51 % der Frauen Abitur oder Fachhochschulreife.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Die in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer besaßen zu 17 % einen Realschulabschluss, die deutsche Bevölkerung zu 23 %. Über Abitur und Fachhochschulreife verfügten 31 % der Ausländerinnen und Ausländer, jedoch nur 29 % der deutschen Bevölkerung. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (32 % gegenüber 26 % bei den deutschen Frauen). Knapp 18 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch keinen allgemeinen Schulabschluss; bei der deutschen Bevölkerung waren es rund 2 %.

Bei den beruflichen Abschlüssen zeigt sich folgendes Bild: Etwa 42 % der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland hatten keinen beruflichen Bildungsabschluss und waren nicht in Ausbildung (gegenüber 14 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss konnten knapp 52 % der Deutschen, aber nur 28 % der ausländischen Bürgerinnen und Bürger vorweisen. Bei den akademischen Abschlüssen (einschließlich Promotionen) betrug der Anteil bei den Deutschen 16 % und bei den Ausländerinnen und Ausländern 17 %.

3.1.7 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Einen Überblick zur Ressourcenausstattung des Bildungswesens gibt das Bildungsbudget. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Der größte Teil des Bildungsbudgets entfällt auf die

► Info 6

Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Sie umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem in Abgrenzung der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED-2011-Level). Dazu zählen direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, Ausgaben für Bildungsdienste und Güter außerhalb von Bildungseinrichtungen und Ausgaben für die Förderung der Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen.

Bei den direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen) handelt es sich um Ausgaben für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Entsprechend internationaler Konventionen enthalten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen auch die Ausgaben an Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Bei den Ausgaben außerhalb von formalen Bildungseinrichtungen handelt es sich zum Beispiel um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (zum Beispiel für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Büchern, Taschenrechnern und Schreibwaren). Zur Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen zählt zum Beispiel das »BAföG«.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für nicht formale Bildungseinrichtungen wie Horte, betriebliche Weiterbildungskurse, die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung und Einrichtungen der Jugendarbeit.

Das Bildungsbudget basiert auf der Auswertung zahlreicher Erhebungen. Dabei sind die Jahresrechnungsergebnisse der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) die wichtigsten Datenquellen.

Ausgaben für formale Bildungsprogramme (zum Beispiel Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, betriebliche Ausbildung im dualen System) nach der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED). Als nationale Ergänzung umfasst das Bildungsbudget zusätzlich Ausgaben für nicht formale Bildung (zum Beispiel betriebliche Weiterbildung). ► Info 6

Die Ausgaben für formale und nicht formale Bildung zusammen betragen im Jahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen 187,5 Milliarden Euro und lagen damit um 6,1 Milliarden Euro über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2013 rund 6,6 %.

Die Ausgaben für formale Bildungsprogramme nach internationaler Abgrenzung beliefen sich 2013 auf 169,2 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 5,2 Milliarden Euro über dem Wert des Vorjahres. Mit 148,9 Milliarden Euro wurde der

überwiegende Teil dieser Mittel für öffentliche und private Bildungseinrichtungen verwendet (2012: 143,9 Milliarden Euro). Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betragen 2013 rund 20,3 Milliarden Euro (2012: 20,1 Milliarden Euro).

Die Ausgaben für nicht formale Bildung lagen im Jahr 2013 bei 18,2 Milliarden Euro gegenüber 17,4 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung stiegen von 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 10,9 Milliarden Euro im Jahr 2013. Für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen wurden 2013 rund 0,9 Milliarden Euro gegenüber 0,7 Milliarden Euro im Vorjahr ausgegeben. Die Mittel für weitere Bildungsangebote betragen 2012 und 2013 jeweils rund 6,0 beziehungsweise 6,4 Milliarden Euro. ► Tab 14

► Tab 14 Bildungsausgaben und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

	Bildungsausgaben		Anteile am BIP			
	2012	2013 ¹	2012	2013 ¹		
	in Milliarden Euro		in % des BIP			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung nach der ISCED-Gliederung²		164,0	169,2	6,0	6,0
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft		143,9	148,9	5,2	5,3
A31	ISCED 0 – Elementarbereich		21,8	23,3	0,8	0,8
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich		86,4	89,1	3,1	3,2
A33	ISCED 5–8 – Tertiärbereich		33,6	34,5	1,2	1,2
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)		2,1	2,1	0,1	0,1
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung		20,1	20,3	0,7	0,7
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung		17,4	18,2	0,6	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung		10,6	10,9	0,4	0,4
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote		6,0	6,4	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung		0,7	0,9	0,0	0,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt		181,4	187,5	6,6	6,6

1 Vorläufige Angaben.

2 ISCED-2011-Level.